

Zusammenfassung BRD überarbeitet 8.6 2018

Laut Aussage der Oberstaatsanwaltschaft München ist die BRD am 1.9.1990, de Jure erloschen.

Am 31.8.1990 wurde der Einigungsvertrag mit der ehemaligen DDR beschlossen.
Voraussetzung für diesen Vertrag war die Löschung des Art. 23 (Geltungsbereich) des Grundgesetzes.
Das wurde im BGBL am 23.9.1990 veröffentlicht.

Ungefähr ein ½ Jahr vorher kaufte die BRD um runde 200 Milliarden DM die DRR auf.
Daraufhin trafen sich die Minister der Alliierten In Paris.

Artikel 23 war also der Geltungsbereich. Mit Streichung der Präambel und des Artikels 23 durch den damaligen US-Außenminister James Baker am 17.7.1990 in Paris, ist der territoriale Geltungsbereich des "Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland" mit Wirkung zum 18.7.1990 erloschen. (BGBL. 1990, Teil II, Seite 885, 890, vom 23.9.1990). **Ab diesem Zeitpunkt, dem 18.7.1990, existiert das besatzungsrechtliche Provisorium (Verwaltungskonstrukt) namens "Bundesrepublik Deutschland", welches die Belange des Deutschen Volkes nur treuhänderisch für die Westalliierten zu verwalten hatte, nicht mehr.**

Seitdem gelten in der erloschenen BRD, auf dem Grund und Boden des Deutschen Reiches nur die Militärgesetze der Alliierten , und die Hager Landkriegsordnung. In der HLKO schützt der Paragraph 46 und 47 die Bürger gegen Plünderung. ZB Kontopfändung , Autopfändung , Hauspfändung usw.
Eine Zuwiderhandlung wird bei einer Anzeige , von dem Europäischen Gerichtshof für Menschen-rechte, mit 5000.- € geahndet.

Am 15.3.1991 nach der Übergabe des 2+4 Vertrages, in welchem die ehemalige DDR und die erloschenen BRD als Deutsches Reich in den Grenzen von 1937 wieder vereint wurden, sogar mit einem Angebot für einen Friedensvertrag für das Deutsche Reich, wenn Vertreter für das Deutsche Reich vom Volke gewählt werden, und dadurch das Deutsche Reich nicht weiter nur ruht und als Papier vorhanden ist, ist die BRD nochmal erloschen.
Aber bis jetzt wurden Alle Versuche einzelner Organisationen, das Deutsche Reich zu vertreten , zerschlagen.

Daraufhin beschloss die herrschende Lobby 2003 , alle behördlichen Stellen als Wirtschaftsunternehmen in New York mit einzelnen Wirtschafts - Registrier - Nummern, einer DUNS Nr. registrieren zu lassen.
Das wurde aber im Lissabon- Vertrag von 2009 strengstens untersagt. Da ein Amtsgericht eine Staatliche Einrichtung sein muss und kein Wirtschaftsunternehmen. Auch laut altem Grundgesetz.

„Die BRD ist kein Rechtsstaat.“ (Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 08. 06. 2006 [AZ: EGMR 75529/01]) Eine legale Rechtsprechung findet nicht mehr statt und ist nicht mehr möglich. Stattdessen herrschen methodische/s Damit herrscht systematische Amtsanmaßung, Recht(s)beugung, Recht(s)bruch und Willkür. Bundesdeutsche „Gerichte“ stehen außerhalb von Recht und Gesetz und sind illegal.

Das Urteil aus dem ISTGH (Internationaler Strafgerichtshof) Den Haag vom 03.02.2012 bestätigt die Zuständigkeit des Deutschen Reichs **und nicht die Zuständigkeit der "Bundesrepublik Deutschland" mit ihrer Finanzagentur GmbH, (HRB 51411), wobei die vermeintlichen "BRD-Ämter", Behörden, Dienststellen, "Gerichte" und Verwaltungen u.a . bei www.dnb.com mit eigenen Umsatzsteuernummern gelistet sind. (www.upik.de). Welche aber alle am 28.November 2012 zwangsvollstreckt wurden. Zwangsvollstreckte Wirtschaftsunternehmen , Finanzämter , Gerichte usw. haben keine juristische Vollmachten.**

° Einträge in die Firmendatenbank <https://www.upik.de/> erfolgen auf Antrag der betreffenden Entität mit einem prüfbar Nachweis zur Geschäftstätigkeit.

- Die Beklagten (auch Amtsgericht Starnberg) sind gemäss der DECLARATION OF FACTS UCC Doc # 2012127914 vom 28. November 2012 zwangsvollstreckt.
- Die Zwangsvollstreckung der Beklagten ist aufgezeichnet und unwiderlegt. Eine verifizierte Stellungnahme wurde von den Beklagten nicht vorgelegt.
- Zwangsvollstreckte Unternehmen sind juristisch aufgelöst, sie besitzen keine Rechtsfähigkeit mehr.

Bis jetzt gelten nur die Militärgesetze (SHAEF Gesetze) der Amerikaner in der erloschenen BRD und die Haager Landkriegsordnung.

Laut Haager Landkriegsordnung § 46 darf das Privatvermögen der Deutschen nicht gepfändet und geplündert werden. Weder durch einen Gerichtsvollzieher noch durch ein Finanzamt oder ein Gericht. Dieser Paragraph schützt auch die Wohnungen und die Häuser der Bürger.

Jede Amtsperson benötigt um hier ihrer Aufgabe nachgehen zu können, eine Arbeitserlaubnis einer Dienststelle der Vereinten Nationen, ZB Mitre Corporation, US EUCOM, in Stuttgart Vaihingen. Arbeitet ein Gerichtsvollzieher ohne diese Erlaubnis, ist er nur eine Privatperson (Freibeuter) ohne Amtshaftung. Das h. er ist selbst für seine Fehler finanziell verantwortlich. Das gilt selbstverständlich auch für Staatsanwälte und Richter. Sollte ein Strafzettel kommen zB. Wegen Geschwindigkeits- Übertretung, mit Hinweis auf das erloschene OWIG, kann man sich darauf berufen. Damit ein Gesetz gültig sein kann, muss ein gültiger Bereich vorhanden sein. Die BRD ist aber erloschen.

Hier nun einige Registriernummern sog. Staatlicher Einrichtungen :

BRD , DUNS Nr. 341611478

Regierung von Oberbayern. DUNS Nr. 3240 816 11

Freistaat Bayern , DUNS NR. 314 881 447

Amtsgericht Starnberg, DUNS Nr. 312 584481

Finanzamt Starnberg DUNS Nr. 342835031, registriert als „ Bayerisches Landesamt für Steuern „

Staatsanwaltschaft München II DUNS Nr. 3130 98 943

Bundesministerium der Finanzen, 10117 Berlin Wilhelmstraße 97, DUNS Nr. 332619717

**Wichtig: Ich akzeptiere Ihre AGB, als privates Wirtschaftsunternehmen nicht!!
Habe auch keinen Vertrag mit Ihnen, welcher Finanzielle Forderungen beinhaltet !!**

(Muss bei jedem Brief an die Behörden darauf hingewiesen werden.!!)

Ein Gericht oder Staatsanwaltschaft als Wirtschaftsunternehmen hat keine Handlungskompetenz. Es dürften auch keine Haftbefehle ausgestellt werden, welche ja in der Regel mit Vor und Zunahmen des jeweiligen Richters versehen sein müssen. Ist nur ein Namenskürzel oder ein unleserliches Gekritzelt zu sehen, sind diese Schriftstücke als ungültig zurückzuweisen.

Kein Richter unterschreibt zur Zeit ein amtliches Dokument ! Da er keine Erlaubnis dazu hat.

Es darf auch nicht stehen „im Auftrag „ da es sich sonst lediglich um einen Vertragsentwurf handelt.

Auch Namenskürzel (Signaturen) sind ungültig ! Sehen Sie dazu die BGH Urteile V ZR 139/87 und VI ZB 81

Die Polizei darf nicht unterschriebene Haftbefehle nicht ausführen. Das ist eine Verletzung der Militärgesetze, und wird mit Geldstrafen vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit 5000.-€ geahndet.

Wenn jemand eine Beschwerde einreichen will, ist es notwendig sich an den Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg zu wenden.

Hier die Anschrift : Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Allée Droits de l'homme, 67000 Strasbourg, Frankreich

Haben sie sich schon mal überlegt wofür die EU Kommissare in Brüssel ihre ca. 35 000.- € pro Monat erhalten, wenn es keine BRD gibt ?? Wem vertreten diese Personen dort ? Sicher nicht die US- EUCOM und die Militärgesetze, welche hier im ruhenden Deutschen Reich gelten !!

Wir sind alle Bürger des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Seit 15.3.1991 .
Auf meinem Reisepass steht „Bundesrepublik Deutschland „. Also auch ungültig !

Zusatzinformation Grundbesitz :

1) Ohne vorherige schriftlich erteilte Genehmigung der Militärregierung des Sektors, in welchem das Eigentum sich befindet, **darf kein deutsches Gericht die Zuständigkeit beanspruchen oder ausüben** in Fällen, welche das auf Grund des (SHAEF) Gesetzes Nr. 52 der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung oder (SMAD) Befehls-Nr. 124 des sowjetischen Oberbefehlshabers der Kontrolle unterliegende oder unter Kontrolle stehende Eigentum bzw. das Kraft Anordnung einer der Besetzungsbehörden eingezogene oder der Konfiszierung unterworfenene Eigentum treffen.

2.) Ohne vorherige schriftlich erfolgte Genehmigung der Militärregierung des Sektors, in welchem sich das Eigentum befindet, darf keine Eintragung in das Grundbuch stattfinden betreffend Eigentum das der Kontrolle oder Konfiszierung

unterliegt, wie dies im § 1 dieser Anordnung bezeichnet ist.

3) Ohne vorherige schriftlich erteilte Genehmigung der Militärregierung des Sektors, in welchem das Eigentum sich befindet, dürfen keine Schritte seitens irgendwelcher natürlicher oder Juristischer Personen unternommen werden, um eine Entscheidung eines deutschen Gerichtes oder Grundbuchamtes durchzusetzen oder auszuführen, die der Kontrolle oder der Konfiszierung unterliegendes Eigentum angeht, wie im § 1 angeführt ist.

4) Nichtbefolgung dieser Anordnung bzw. Versäumnis, ihre Bestimmungen zu beachten, stellt Verletzung eines Befehls der Militärregierung der Besatzungsbehörden dar und wird demgemäß bestraft.

Im Auftrag der Alliierten Kommandantur Berlin

Alliiertes Hauptquartier für Baden-Württemberg Landeshauptstadt STUTTGART

seit dem 30. Juni 2009 15. Kommandierender General des US European Command (EUCOM) sowie zusätzlich seit dem 2. Juli 2009 der 16. Supreme Allied Commander Europe der NATO.

James G. Stavridis

Quelle: Verordnungsblatt für Groß-Berlin 1947

USEUCOM Mitre Corporation

PatchBarracks

70569 Stuttgart Vaihingen

Wahlgesetz

Urteil des BverfGE vom 25.07.2012 (-2 BvF 3/11 -2 BvR 2670/11 -2 BvE 9/11):

Nach Offenkundigkeit dürfen Gesetze von der nicht staatlichen BRD-GmbH , Ausnahme- und Sondergerichten (vgl. § 15 GVG) die auf altem Nazigesetz fußen und somit gegen das gültige Besatzungsrecht, gegen die Völker – und Menschenrechte verstoßen, überhaupt keine legitime Anwendung finden.

Das Bundeswahlgesetz ist seit 1956 ungültig und nichtig. Seit 1956 gab es weder eine gültige Bundestagswahl noch eine legitimierte Bundesregierung und damit keinen legitimierten Gesetzgeber. Das 9/11 der Bundesrepublik Deutschland Wie das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 25. Juli 2012 - 2 BvE 9/11 bestätigte, ist das Bundeswahlgesetz verfassungswidrig.

Die rechtliche Folge daraus ist, daß es sich dabei nicht nur um die Änderungen vom 24.9.1998 und vom 20.12.2011 handelt, sondern bei genauerer Betrachtung das Bundeswahlgesetz seit seiner Inkrafttretung am 7. Mai 1956 ungültig und nichtig ist. Daraus ergibt sich, daß alle nach 1953 gewählten Bundestage und Bundesregierungen nicht legitimiert sind und waren und alle sich daraus ergebenden Beschlüsse, Verträge, Verordnungen, ungültig sind.

Finanzamt

Ich berufe ich mich noch auf einen Gerichtsentscheid von 1981 des Bundesverfassungsgerichtes (BverfGE,55-274/301) in welchem festgestellt wurde, daß in der BRD keine Steuerpflicht vorhanden ist.

„Steuerpflicht nichtig „ da mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, weil die Zustimmung vom Bürger stillschweigend vorausgesetzt wird.

Es gibt auch noch eine Rechtssprechung in Kiel , Gerichtsurteil vom 12 Juni 2013 um 10 Uhr, im Schleswig – Holsteinischen Finanzgericht, Beselerallee 39-40, in welchem festgestellt wurde dass für die erloschenen BRD keine Steuerpflicht besteht.

Es gibt keinen Paragraphen irgend eines Gesetzblattes auf den Sie sich bzw. das Finanzamt stützen kann, da für jedes Gesetz ein Wirkungsbereich vorhanden sein muß.

Wo kein Wirkungskreis vorhanden ist (z.B. BRD) gilt auch kein Gesetz.

Alle Steuergesetze, alle Steuerbescheide sind durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgericht am 25. Juli 2012 AZ.:2 BvE 9/11 aufgehoben.

Sollte vom Finanzamt, entgegen, der von mir angeführten juristischen Tatsachen, ein Gerichtsvollzieher eingeschaltet werden, weise ich darauf hin daß alle Beamten eine gültige Arbeiterlaubnis einer Alliierten Dienststelle (ZB. Eucom in Stuttgart Vaihingen) haben müssen, da sie sonst nur als Privatpersonen arbeiten, und ihr Arbeitgeber keine Haftung übernimmt. Das gilt auch für Finanzbeamte. Arbeitet ein Gerichtsvollzieher oder Finanzbeamter ohne Erlaubnis der USEUCOM - Mitre Corporation, ist er eine Privatperson und Freibeuter, gegen den bei der EUCOM Anzeige erstattet werden kann.

Es folgt dann ein Verbot seiner Tätigkeit in Verbindung mit 5000.-€ Geldstrafe.
(in der erloschenen BRD schon einige Male passiert.)

Ein Lizenzentzug bzw. Berufsverbot kann nicht beantragt werden , da ja keine (s) vorhanden ist.

Der Arbeitgeber einer im Finanzamt tätigen Person übernimmt keine Staatshaftung für Fehler der Angestellten.
Da haftet die oder der Angestellte mit seinem Privatvermögen.

Sollten schon nicht erlaubte Aktionen eines Finanzamtes erfolgt sein, kann ein Regressanspruch gegen das Finanzamt geltend gemacht werden. ZB. wegen Zerstörung der Existenz, Haus - und Grundstückspfändungen.

zusammengestellt November 2014, überarbeitet 8.6.2018
von Dipl.Ing Helmut Reiz

Ich möchte hier ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich ein Wissenschaftler bin, und für den politischen Verhau den die Politiker fördern, damit sie keinen geraden Weg gehen müssen (Erhöhung der eigenen Gehälter z.B.) , nicht verantwortlich bin.